

Greifswalder Bürgerentscheid – Doppelter Betrug!

Großes Schweigen – das ist auch das Beste, was die potentiellen Verkäufer von kommunalem Greifswalder Eigentum machen können. Selbst unters Volk gehen, mit den Bürgern sprechen und für den Verkauf werben, so naiv sind sie nicht. Und obwohl sie von ihrer Sache überzeugt sind, rechnen sie nicht damit, dass die Leute ihren Argumenten vertrauen - und das zu Recht. Geht es doch um das schnelle Geld (das schnell wieder ausgegeben sein wird), dem man langfristige Einnahmen der WVG opfert, die wieder deren Mietern sowie allen Bürgern der Stadt zu Gute kommen könnten. Das ist der *eigentliche* Verzicht, um den es geht: einkalkuliert und verschwiegen!

Der *eigentliche Skandal* aber ist das Ansichreißen des Bürgerentscheids durch Teile der Bürgerschaft. Die Absicht war, die Initiative bei der Formulierung der Frage zu bekommen. Dadurch ist es gelungen, das Ansinnen der Verkaufsgegner, über den Verkauf abstimmen zu lassen, zu unterlaufen und aus dem Bürgerentscheid vordergründig eine Abstimmung über den Verzicht auf Schuldenreduzierung zu machen.

Durch die Frage, die aber nun dem Bürger zur Entscheidung vorgelegt wird, werden diese vollends an der Nase herumgeführt. Ihnen wird erklärt, die Bürgerschaft wolle wissen, ob die Stadt überhaupt einen Minderheitsanteil verkaufen soll oder nicht. Wenn die Frage auch zugegebenermaßen etwas kompliziert sei, so könne der Bürger gleichwohl mit JA seine Stimme gegen und mit NEIN seine Stimme für den Verkauf einbringen. Aus der Frage: „Soll die Stadt auf die Möglichkeit der Schuldenreduzierung durch den Verkauf von einem Minderheitsanteil der WVG verzichten“, lassen sich jedoch gerade *diese* Konsequenzen, je nach Beantwortung, nicht ableiten. Welche Konsequenz ergibt sich nun tatsächlich, wenn man ein Votum der Bürger mit JA betrachtet? Lediglich, dass die Stadt auf die Möglichkeit verzichten soll, Mittel aus dem Verkauf von einem Minderheitsanteil der WVG für die Schuldenreduzierung zu nutzen. Die Stadt könnte also getrost verkaufen und damit z. B. die neue Stadthalle finanzieren, ohne gegen die Entscheidung der Bürger zu verstoßen.

Nicht ganz so einfach ist es, wenn die Bürger mit NEIN entscheiden. Dann wäre die Stadt, wollte sie dem Entscheid entsprechen, geradezu gezwungen, die Minderheitsanteile zu verkaufen, um nicht von vornherein auf die Möglichkeit der Schuldenreduzierung zu verzichten. Aber, und das ist das Pikante daran, die Stadt wäre noch lange nicht verpflichtet, mit dem Geld auch wirklich Schuldenreduzierung zu betreiben, denn gefragt wurde nur nach der Möglichkeit, es damit zu tun.

Das bittere Resümee: Durch diesen Bürgerentscheid werden die Bürger betrogen, wie auch immer sie sich entscheiden!